

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle zu unserer heutigen, 139. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **15 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Folgendes bekanntgeben: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass die von der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Zweiten Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie – Drucksache 14/9853 – heute unter dem neuen Tagesordnungspunkt 4 mit Beratungsblock I stattfindet. Gibt es zu dieser Festlegung Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die **Tagesordnung** entsprechend **geändert**. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Ländliche Räume – starke Regionen mit Zukunft

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10422 – Neudruck

Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben mit Schreiben vom 14. Dezember 2009 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Deppe von der CDU-Fraktion das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Guten Morgen, Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemand von uns hier im Saal außerhalb Deutschlands erklären will, wo er herkommt und wo Nordrhein-Westfalen liegt, wird er wahrscheinlich die großen Städte erwähnen: Köln, Dortmund, Düsseldorf, Münster, vielleicht auch noch Bonn. Das ist übrigens überall auf der Welt so. Auch der Kalifornier wird eher Los Angeles oder der Westbengale

Kalkutta nennen als die Gebiete abseits der Metropolen. Wir hier haben aber Politik für das gesamte Land zu gestalten. Da weist Nordrhein-Westfalen ein Alleinstellungsmerkmal auf, das zugleich unsere Stärke ist. Nordrhein-Westfalen ist das Land der großen Städte und das Land der ländlichen Räume. Beide, ländliche Räume und Ballungszentren, gehören untrennbar zur Identität unseres Landes. Gemeinsam geben sie ihm ein unverwechselbares Licht – ein unverwechselbares Gesicht.

(Heiterkeit – Johannes Remmel [GRÜNE]:
Das Licht sollte euch aufgehen, das stimmt!)

– Das wird bei Ihnen noch ganz düster aussehen, das verdunkelt sich zunehmend bei Ihnen. Sie sitzen da alleine. Was haben Sie hier überhaupt noch zu sagen, Herr Remmel? Gucken Sie mal hinter sich! Da steht überhaupt keiner mehr hinter Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP – Johannes Remmel [GRÜNE]: Aktuelle Stunde, das kann ich alleine!)

Morgens um 10 Uhr sollte man wach und hier im Saal sein und sich nicht irgendwo draußen herumtreiben. Herr Remmel, rufen Sie doch mal Ihre Leute zusammen!

(Beifall von der CDU – Heiterkeit von der SPD)

Die Politik findet hier statt, nicht irgendwo in Fraktionszimmern.

Meine Damen und Herren, beides, Großstädte und ländliche Räume, geben unserem Land ein unverwechselbares Gesicht: die Metropolregionen am Rhein und an der Ruhr, aber auch die unterschiedlichen Kulturlandschaften wie die Eifel, das Bergische Land, das Sauerland, das Siegerland, der Niederrhein, das Münsterland oder Ostwestfalen und, nicht zu vergessen, das Lipperland.

60 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen leben außerhalb der Großstädte, etwa 11 Millionen Bürgerinnen und Bürger. In keinem anderen Bundesland leben mehr Menschen in ländlichen Räumen als hier bei uns. Der größte Teil der Unternehmen im Land, insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, betätigt sich in Gemeinden und Mittelstädten. Der größte Teil der Schulen und Krankenhäuser, der größte Teil der Sportvereine von Nordrhein-Westfalen befinden sich im ländlichen Raum.

Die ländlichen Regionen unseres Landes bieten hohe Lebensqualität und eine weitgehend intakte Umwelt. Sitten und Gebräuche, Dialekte, nachbarschaftliche Sozialstrukturen, lebendige Traditionen und ein vitales Vereinsleben führen zu einem vielfach ausgeprägten Heimatgefühl. In den ländlichen Räumen leben die Menschen oft näher beieinander als in den großen Städten. Soziale und familiäre Bindungen sind durchweg stabiler, der Gemeinsinn ist ausgeprägter, die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe ist größer als woanders. Ein größerer Teil der

4 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9853

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/10387

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9949

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10433

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10438

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Hegemann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Lothar Hegemann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor etwa 20 Jahren hat ein Bundesparteitag der SPD in Oberhausen stattgefunden. Damals ist die SPD politisch aus der Kernenergie ausgestiegen. Bis dahin hat es hier im Landtag eine Kohlefraktion gegeben, die es nicht immer einfach hatte; aber es gab einen Konsens in der Energiepolitik.

(Norbert Römer [SPD]: Da sind Sie ausgestiegen!)

– Ich sage Ihnen gleich, wer hier wo ausgestiegen ist.

Es hat immer, wenn es darauf ankam, eine starke Fraktion, eine Mehrheitsfraktion für die Kohle gegeben. Das war auch so, weil Energie im Konsens stattgefunden hat. Es gab einen Energiemix, der über Jahrzehnte unstrittig war. Die Grünen haben eine Politik betrieben, die ist, wie sie ist: Die sind gegen Kernenergie, die sind gegen Kernkraft, klar, die sind gegen Kohle, die sind auch gegen Wasserkraft. Ich kann mich auch erinnern, dass Sie mal gegen Windkraft waren; Frau Dr. Grüber. Die sind in der Frage also berechenbar; die sind da eben gegen fast alles.

Dass Sie, Herr Römer, gestern zum zweiten Mal diesen Auftritt hatten, zeigt mir: Gestern sind Sie aus der Kohlepolitik ausgestiegen.

(Zuruf von der SPD: Ach, so ein Quatsch!)

Was wollen Sie denn noch? Wenn einer Kohle zu handeln beherrscht, dann ist es die Technologie im Ruhrgebiet, wobei es da relativ egal ist, ob es Exportkohle oder heimische Kohle ist. Der Verbrennungsvorgang, die thermische Nutzung ist dieselbe.

Ich habe im Vorfeld von Datteln keinen Sozialdemokraten gehört, der gesagt hat: Das ist planerisch falsch, was ihr da macht. – Keiner! Im Rat der Stadt Datteln, wo die SPD vor der Wahl noch stärker war als nach der Wahl, habe ich niemanden gehört, der gesagt hat: Wir betreten hier sehr dünnes Eis. – Dann ist das Ding wie so oft – ich will nicht sagen: wie fast immer – vor einem Gericht gekippt, und Sie sagen: Haha, da habt ihr Blödsinn gemacht! Und wir sind dagegen!

Erklären Sie heute, wenn Sie es schon gestern nicht getan haben: Sie sind für den Standort Datteln.

(Svenja Schulze [SPD]: Wie oft sollen wir das noch tun?)

Sie sind für dieses Kohlekraftwerk, weil es das richtige Kraftwerk an dieser Stelle ist, weil es unter Umweltgesichtspunkten das richtige ist, weil es unter Klimagesichtspunkten das richtige ist.

Es war doch schon peinlich, als die Grünen gestern erklärten: Während in Kopenhagen die Klimadebatte stattfindet, will man dieses Kraftwerk bauen. – Und Sie klatschen unisono Beifall! Die gesamte SPD klatscht Beifall für ein Kernkraftwerk, das innerhalb der Gewerkschaft unumstritten ist.

(Zuruf von der SPD: Kernkraftwerk?)

– Ja, wenn Sie sagen, Herr Römer ist in der Gewerkschaft! Sie, Herr Kollege, gehören wohl einer anderen Gewerkschaft an, Sie sind doch Pastor von Hause aus. Ob Sie auch in der IG BCE sind, weiß ich nicht.

(Frank Sichau [SPD]: Ver.di!)

– Ich habe es befürchtet. – Also: Dieses Kraftwerk war in der Gewerkschaft unumstritten. Und Sie eiern heute. Sie sind nicht mehr der Gewerkschaftssprecher, Sie sind der SPD-Sprecher, der Sprecher einer SPD, die nicht weiß, wo sie hin will.

(Frank Sichau [SPD]: Doch!)

Sie müssen erklären: Sie wollen diesen Fall reparieren und Sie wollen das Kraftwerk an der Stelle.

Ich sage Ihnen: Ihre beiden Kollegen, die in Oberhausen gegen den Austritt aus der Kernenergie gestimmt haben, Meyer und Niggemeier, Ihr Gewerkschaftsvorsitzender und Ihr Pressesprecher, aber Sie können auch Heinrich Gutermuth oder Berger oder wen auch immer nehmen ...

(Frank Sichau [SPD]: Heinrich Gutermuth war zu früh!)

– Mein lieber Kollege, ich weiß, dass Heinrich Gutermuth einer meiner Vorgänger als CDU-Ortsverbandsvorsitzender war, bevor er in die SPD gegangen ist. Den kenne ich schon relativ lange.

(Frank Sichau [SPD]: Der ist schon ein bisschen älter als Sie!)

Der würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sehen würde, was heute Gewerkschaftler mit Kohlepolitik machen, nach dem Motto „Wes Brot ich ess“, des Lied ich sing“. Sie waren jahrelang Pressesprecher der IG BCE und haben eine völlig andere Meinung vertreten. Heute tun Sie so, als kämen Sie aus dem ländlichen Raum, aus Soest, sind aber natürlich Castrop-Rauxeler.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Das Kraftwerk ist bei Ihnen vor der Tür, mit einer großen Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie aber haben nicht den Finger gekrümmt, um diesen Standort zu sichern. Sie erlauben es sich sogar, dass der TÜV Gefälligkeitsgutachten gemacht hätte – eine Einrichtung, die der Kohle mittlerweile sehr nahe steht und die eine hohe Akzeptanz hat. Da sprechen Sie von interessegeleiteten Gutachten. Das haben Sie wörtlich gesagt, Herr Römer. Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen, was das für die Reputation eines solchen Unternehmens heißt.

Ich weiß wirklich nicht mehr, wo Sie hinwollen. Sie können nicht sagen, da hat die Landesregierung aber planerisch versagt.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Nein, nein, Sie müssen sagen, ob Sie das Kraftwerk wollen und ob Sie bereit sind, Hilfe zu leisten, ob Sie bereit sind, mit den Sozialdemokraten auch im Rat der Stadt Datteln für Rechtssicherheit zu sorgen. Die sind natürlich verunsichert und wenden sich an die Landesregierung und sagen: Helft uns! Wir haben einmal ein Kohlekraftwerk genehmigt. Das macht ein Beamter nur einmal im Leben, und wahrscheinlich verabschiedet ein Rat auch nur einmal im Leben ein Kraftwerk. Die haben das nicht in der Schublade liegen. Einer solchen Gemeinde muss man helfen.

Aber dazu sind Sie nicht bereit, weil Sie einen kleinen Preis haben wollen. Wenn jetzt Kollege Jäger hier wäre, würde ich sagen: Sie wollen die Landesregierung grillen. Das wird Ihnen aber nicht gelingen. Das wird auch den Grünen nicht gelingen, die rund ums Kraftwerk einen niedrigen Stimmenanteil bekommen haben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Der SPD in Datteln, Waltrop, Castrop-Rauxel wird dies auch nicht gelingen. Denn die Bevölkerung akzeptiert dieses Kraftwerk, und Sie machen aus kleinkarierten, durchsichtigen, parteipolitischen,

taktischen Spielchen eine solche Kraftwerkspolitik, dass ich nur sagen kann: Wo ist die SPD gelandet?

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Ich könnte es mir einfach machen und sagen „Die sind bei 19 %, da habe ich Spaß.“

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich komme sofort zum Ende, Frau Präsidentin. – Ich habe keinen Spaß, wenn die großen Volksparteien so den Bach runtergehen. Das ist ein Problem für diesen Staat. Da werden wir uns sicherlich wieder sprechen. Ich lache nicht darüber, dass Sie bei 19 % sind. Ganz und gar nicht. Aber wenn Sie wirklich etwas für die Menschen in diesem Lande tun wollen, dann geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie das modernste Kraftwerk der Welt endlich ans Netz gehen!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hegemann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Römer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach dem Ausflug des Kollegen Hegemann in irgendein Nirwana will ich mich der Sache zuwenden, der von Ihnen beabsichtigten Streichung des § 26 aus dem Landesentwicklungsprogramm. Denn damit, Herr Kollege Hegemann, leisten Sie Ihren Offenbarungseid.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Sie führen Nordrhein-Westfalen mit der kompletten und ersatzlosen Streichung klimapolitisch und energiepolitisch ins Abseits. Deshalb verbreitet sich deutschlandweit schieres Entsetzen über diese Vorgehensweise aus.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Nicht nur die Umweltverbände – die auch – sind aufgebracht. Viele Tausend Menschen haben sich in den letzten Tagen vor allen Dingen protestierend gegen Ihre Absicht gewandt. Bis in wesentliche Teile der Energiewirtschaft hinein, Herr Kollege Hegemann, gibt es Kopfschütteln und Unverständnis, weil die darüber entsetzt sind, dass Sie nach dem Regierungsmurks, den Sie veranstalten und den Sie zu verantworten haben und für den vor allen Dingen Frau Thoben verantwortlich ist und der dafür gesorgt hat, dass es jetzt dieses Desaster in Datteln gibt, dass dort eine Industriearbeit droht, jetzt weiteren Regierungsmurks obendrauf legen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Denn die ersatzlose Streichung von § 26 ist Murks, hilft dem E.ON-Kraftwerk in Datteln überhaupt nicht,

aber schadet der gesamten Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus.

Die Ministerin hat gestern ihre Unkenntnis offenbart. Sie haben gestern gesagt:

Ich weiß nicht, was das mit einem Klimaschutzparagrafen zu tun haben soll. Das ist ein reiner Kampfbegriff.

Frau Thoben, würden Sie sich § 26 angucken, kämen Sie zu demselben Ergebnis wie ich, dass die Kraft-Wärme-Kopplung,

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

dass die erneuerbaren Energien gefördert werden sollen, dass vor allen Dingen auch Energieeffizienz gefördert werden soll. All das, Frau Thoben, hat direkt und unmittelbar mit Klimaschutz zu tun. Es ist also entgegen Ihren Äußerungen ein Klimaschutzparagraf.

Ich will auf einen weiteren Punkt hinweisen, der eine Rolle spielt, vor allen Dingen in Zusammenhang mit dem, was Sie immer uns und der Öffentlichkeit vorzugaukeln versuchen. Sie sagen, wenn wir § 26 streichen, ist das gar nicht so schlimm, das packen wir ja in den LEP, den Landesentwicklungsplan, mit hinein und reparieren das damit.

(Ministerin Christa Thoben: Das reparieren wir nicht, das steht da drin!)

Frau Thoben, ich habe Ihnen gestern gesagt – Sie haben dem nicht widersprochen –, dass vor allem Ihre Behauptung „Nichts von dem, was wir machen, bedeutet eine Abkehr von ehrgeizigen Klimaschutzzielen, erneuerbaren Energien oder KWK“, nicht stimmt. Sie hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Denn der Entwurf zum LEP aus Ihrem Hause enthält Weichenstellungen, die genau das Gegenteil bewirken. Ich habe Sie das gestern gefragt. Ich frage Sie das noch einmal. Im aktuellen Entwurf zum LEP steht zur Kraft-Wärme-Kopplung: So weit Nachfragepotenzial und Infrastruktur vorhanden sind oder mit vertretbarem Aufwand geschaffen werden können, kann der Wirkungsgrad der primär auf die Stromerzeugung ausgelegten Kraftwerke durch die Auskopplung von Wärmeenergie erhöht werden.

Nennen Sie das „Förderung von KWK“? Ich nenne das Behinderung von KWK. Das vor allem steht in Ihrem Entwurf zum LEP.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich nehme einen weiteren Punkt. Sie schreiben in dem Entwurf, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren vorangetrieben werden soll.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Natürlich, wie denn sonst?)

„Wirtschaftlich vertretbar“ heißt doch gerade im Sprachgebrauch der FDP nichts anderes als „kommt überhaupt nicht infrage“. Das ist doch keine Förderung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Holger Ellerbrock [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Und dann schreiben Sie in Ihrem Entschließungsantrag, Herr Hegemann – das setzt dem Ganzen die Krone auf –: „Die Errichtung von Kernkraftwerken wird weiterhin ausgeschlossen.“ Der LEP-Entwurf sagt etwas völlig anderes. Er ermöglicht die Nutzung von Standorten durch Kernkraftwerke, die nicht überwiegend der allgemeinen Energieerzeugung dienen. Das ist das Einfallstor dafür, dass selbstverständlich auch neue Kernkraftwerke gebaut werden können. Ich habe Ihnen das gestern vorgehalten.

Damit wird klar: Sie tricksen, Sie täuschen, Sie tun Nordrhein-Westfalen überhaupt keinen Gefallen. Sie sorgen dafür, dass wir energiepolitisch und klimapolitisch ins Abseits geraten.

(Widerspruch von der CDU – Thomas Eiskirch [SPD]: Natürlich ist es das!)

Lassen Sie das sein! Lassen Sie das Landesentwicklungsprogrammgesetz so, wie es ist. Lassen Sie die Streichung des § 26 LEPro. Damit würden Sie ein gutes Werk tun.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Ellerbrock das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer die Reden des Kollegen Römer von gestern und von heute gehört hat,

(Frank Sichau [SPD]: Der ist überzeugt!)

muss sich fragen, was das soll.

(Beifall von der FDP)

Welch Schwachsinn – entschuldigen Sie, dass ich das so deutlich sage –, es ist, mit dem Kollege Römer uns hier belästigt, will ich nur an einem Punkt aufzeigen. Er wendet sich heute dagegen, dass § 26 Landesentwicklungsprogrammgesetz gestrichen werden soll.

(Svenja Schulze [SPD]: Lesen Sie den Entwurf doch erst einmal!)

Das ist des Teufels, hat er gerade gesagt. Gestern hat er einen Antrag unterstützt, dieses Gesetz in den Wirtschaftsausschuss zurück zu überweisen, wusste aber offenbar nicht – das Schlimme ist, dass er über Sachen redet, die er nicht weiß –, dass damit das gesamte Landesentwicklungsprogrammge-

setz am 31. Dezember 2009 hinfällig geworden wäre, also die §§ 1 bis 38 LEPro gestrichen worden wären und nicht nur § 26 LEPro.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das liegt daran, dass Sie das Ding benutzen! Das haben Sie doch aus ganz anderen Gründen eingebracht!)

Entweder muss er dem Gesetz jetzt zustimmen, weil er das auch gestern gewollt hat,

(Beifall von der FDP)

oder er weiß nicht, wovon er redet. Ich glaube, er hat da eine kongeniale Zusammenführung von Nichtwissen und Dummheit an den Tag gelegt. Das ist eine seltene Dummheit, die hier gelaufen ist.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Oliver Wittke [CDU])

– Herr Wittke, ich bin am Rande des Ruhrgebiets groß geworden, weshalb ich in meiner etwas zurückhaltenden Art nicht ganz so deutlich bin wie Sie. Aber recht haben Sie.

Meine Damen und Herren, warum haben wir eigentlich vorgesehen, § 26 aus dem Landesentwicklungsprogrammgesetz herauszustreichen? Das Gericht hat einen interpretationsfreien Hinweis geliefert.

Die Ziele der Umweltpolitik hinsichtlich der Energieversorgung sind auch in dem nachgelagerten Landesentwicklungsplan verankert und haben Bindungskraft. Wir wissen alle, dass wir Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogrammgesetz zusammenführen wollen. Auch zu meinem Bedauern dauert das länger als gedacht; das ist aber nun einmal so.

Das Gericht hat nun auf die Passage in § 26 LEPro hingewiesen, nach der heimische Energieträger eine ganz besondere Bedeutung haben. Der auch darauf gestützte Gerichtsbeschluss hat den Baustopp nach sich gezogen. Da wir zur Kohlekraft und zu einem modernen, effizienten und umweltgerechten Referenzkraftwerk, dessen Technik wir exportieren wollen – mit ihr wollen wir den Schwellen- und Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, ihren Energiehunger auf umweltgerechte Art und Weise zu befriedigen –, ja sagen, müssen wir auf den Gerichtsbeschluss Rücksicht nehmen und werden daher den Begriff „einheimische Energieträger“ aus dem Gesetz streichen. Wenn wir den Landesentwicklungsplan ändern wollen, müssen wir § 26 LEPro streichen und damit die Bindung bei der Änderung des Landesentwicklungsplans aufheben. Dieses ist planerisches Klein-Klein und überfordert Ihren Horizont, Herr Römer. Das ist bedauerlich.

Damit möchte ich enden. Schönen Dank und frohe Weihnachten!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Liebe Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Holger Ellerbrock, werde doch einmal ein bisschen ruhiger. Das, was Du eben über Norbert Römer gesagt hast, überschreitet doch wirklich die Grenze. Überlege bei aller Hitzigkeit der Diskussion einmal, ob das, was Du zu Anfang gesagt hast, noch einem anständigen Umgang miteinander entspricht.

(Beifall von GRÜNEN und Thomas Eiskirch [SPD])

Zur Sache. Wir reden hier über ein unglaublich aktuelles Thema, weil gleichzeitig mit dieser Debatte in Kopenhagen die Schlussrunde der Weltklimaschutzverhandlungen stattfindet; diese drohen zu scheitern. Sie scheitern, weil wichtige Industrieländer und auch wichtige Schwellenländern nicht bereit sind, die Zusagen zu machen, die es brauchte, um zu einem Abkommen zu gelangen.

Wenn man verstehen will, warum diese Gespräche scheitern, dann muss man sich das Handeln dieser Landesregierung anschauen, denn dieses ist ein guter Beleg für unglaubwürdiges Handeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen hat CO₂-Emissionswerte von 16 t pro Einwohner und Jahr; Indien kommt auf 1 t pro Einwohner und Jahr. Die Bundesregierung spricht von einer CO₂-Reduktion um 40 % in nur zehn Jahren und tritt in Kopenhagen mit der Forderung von 80 % bis 95 % Reduktion in den nächsten vier Dekaden an. Vor dem Hintergrund unserer Kraftwerksstruktur, Herr Kollege Hegemann, bedeutet das Folgendes: Zwei Drittel unserer Emissionen kommen aus unseren Stein- und Braunkohlekraftwerken. Wenn die Bundesregierung 40 % Reduktion in zehn Jahren fordert und wir bei 16 t CO₂ pro Einwohner und Jahr liegen, können wir doch nicht die Emissionskapazitäten in den nächsten Jahren erhöhen. Das passt doch nicht zueinander.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir können darüber streiten, wie schnell wir die Emissionen senken; da können wir über Prozentzahlen streiten. Aber, Herr Hegemann, die Bundesregierung kann nicht in Kopenhagen eine Reduktion von 40 % oder 80 % diskutieren, wenn das größte Industrieland der Republik, die siebgrößte Wirtschaftsnation Europas und die siebzehntgrößte Wirtschaftsnation der Welt sagt: Das ist uns egal, wir erhöhen die Emissionen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind zwischen 2005 und 2007 um 8 Millionen t erhöht worden. Jetzt können Sie natürlich sagen, dass das zum Teil der Konjunktur geschuldet ist. Aber trotzdem sind die Emissionen nicht nach unten gegangen. Ich kann Ihnen gerne die laufenden Kraftwerksneubauten aufzählen. Als Techniker würde es mir noch einleuchten, wenn man ein 50 Jahre altes Kraftwerk vom Netz nimmt, dafür ein neues baut und bei gleicher Kilowattstundenzahl 30 % weniger Kohle braucht und damit die CO₂-Emissionen um 30 % senkt. Genau das geschieht aber nicht.

In Walsum gibt es bei 850 Megawatt keinerlei Abschaltung. In Lünen gibt es bei zwei Kraftwerksblöcken gleicher Größenordnung ebenfalls keine Abschaltung. Für zwei im Bau befindliche Blöcke von 850 Megawatt in Hamm wird auch nichts abgeschaltet. In Krefeld kann erst gar nichts abgeschaltet werden, weil der Bauherr gar keine Altanlagen hat. In Herne wird ebenfalls nichts abgeschaltet. Und um das Mogelpaket Datteln einmal deutlich zu machen: Da reden wir über Altanlagen mit 300 Megawatt, die abgeschaltet werden, und über Anlagen mit einer Leistung von 1.050 Megawatt, die neu gebaut werden sollen. Das ist das Dreifache! Das als Klimaschutz zu verkaufen, ist unglaublich. Und das haben Ihnen in der letzten Woche 50.000 Menschen über das Internet bestätigt.

(Beifall von den GRÜNEN – Holger Ellerbrock [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Sofort, Herr Ellerbrock. Ich will nur noch ein paar Worte sagen.

Aus dem Landesentwicklungsprogramm streichen Sie § 26, streichen Klimaschutzziele, streichen Kraft-Wärme-Kopplung, streichen erneuerbare Energien, streichen Effizienz. Das ist das Gegenteil von dem, was in Kopenhagen diskutiert wird und was notwendig wäre.

Ich habe Verständnis dafür, dass der Punkt „heimische Steinkohle“ vor dem Hintergrund der langen Diskussionsprozesse angepasst werden muss, weil man in der Verhandlung mit der Bundesregierung zu anderen Ergebnissen gekommen ist, aber kein Verständnis dafür, das die in § 26 benannten anderen Ziele – und das vor dem Hintergrund der Ziele der Bundesregierung – gestrichen werden.

Und wer den Entwurf für die Änderung des Landesentwicklungsplans gesehen hat, kriegt doch das kalte Grausen. Der kann doch nicht sagen: Das ist ambitionierter Klimaschutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie fahren netto die Linie: Die Kapazität wird ausgebaut. – Das ist unglaublich, weil das neu Gebaute 40 Jahre läuft. Das wissen wir alle. Das passt nicht. – Kollege Ellerbrock hatte eine Frage, wenn das noch geht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Aber selbstverständlich. Wenn der Redner das zulässt, hat nun Kollege Ellerbrock die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage.

Reiner Priggen (GRÜNE): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege, ich stelle Ihre Auflistung von im Bau befindlichen Kraftwerken und deren Emissionen überhaupt nicht infrage; das akzeptiere ich. Aber stellen Sie doch bitte den Zusammenhang zwischen diesen Kraftwerken und dem auf Europa bezogenen Emissionshandelssystem dar. Dann haben wir doch eine ganz andere Diskussionsgrundlage.

Reiner Priggen (GRÜNE): Das will ich Ihnen gerne darstellen. Es hat mich wirklich aus den Schuhen gehauen, dass Sie mit dieser neuen Mogelpackung angekommen. Sie sagen: Wir können in Nordrhein-Westfalen neue Kraftwerke zubauen, wir erhöhen die Emissionen und gehen in den nächsten Dekaden nicht 30, 40 oder 50 % herunter, wie die Bundesregierung fordert, sondern wir bauen alles zu, weil in Europa dann irgendwo etwas anderes abgeschaltet werden muss. – Das ist genau das, was ich meine: Die Industrieländer sind in Kopenhagen nicht bereit, ihren Lastenanteil zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das siebzehntgrößte Industrieland der Welt erhöht die Emissionen, weil diese Kraftwerke einen Standortvorteil für uns bedeuten, während sie in Griechenland, in Spanien und in Portugal abgeschaltet werden. Das verkennt jede politische Realität der weiteren Emissionsentwicklung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist unehrlich und unsauber. Es passt auch nicht zu dem, was Kollege Wittke gestern zum französischen Importstrom gesagt hat. Wir sind ein Exportland in der Größenordnung von vier Kraftwerken. Wer heute Morgen Radionachrichten gehört hat, weiß: Die Franzosen brauchen im Moment 7.000 Megawatt Importleistung, weil sie mit ihren Sachen nicht klarkommen.

Sie sind dabei, Nordrhein-Westfalen in der Kraftwerksleistung weit über den jetzigen Stand hinaus zu stärken und sie zu erhöhen, nur um sich dadurch Vorteile zu verschaffen. Wir werden nicht bei 16 t pro Einwohner und Jahr stehen bleiben, sondern in Richtung 20 t und mehr gehen. Das ist vor dem Hintergrund von Kopenhagen beschämend. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere noch einmal aus der Stellungnahme von Frau Prof. Grotefels:

Da wie bereits dargelegt vergleichbare raumordnungsrechtliche Anforderungen, wie sie sich bisher in § 26 LEPro finden, weiterhin in den zuvor genannten Festlegungen im LEP enthalten sind,

(Svenja Schulze [SPD]: Aber das wollen Sie doch ändern!)

ändert sich an den Chancen und Risiken für die Realisierung von Kraftwerksprojekten aus raumordnungsrechtlicher Sicht wenig. Eine wesentliche Änderung könnte nur ergänzend durch andere oder neue Zielsetzungen in einem neuen LEP erreicht werden.

Darüber werden wir ausreichend zu debattieren haben.

Nun zum Urteil zu Datteln. Das Gericht hat nicht gefordert, man hätte mit erneuerbaren Energien oder KWK abwägen müssen. Es hat sich allein darauf bezogen, dass E.ON das Kraftwerk mit importierter Steinkohle betreiben will. Dadurch ist nicht der Vorrang für heimische Energietoffe gegeben. Deshalb hat das Gericht abgelehnt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Und was sind die anderen sieben Todesarten?)

Das steht im Urteil.

Sie schreiben in der Verständigung zwischen SPD und Grünen:

(André Stinka [SPD]: Das ist pure Schauspielerei!)

Eine umweltverträgliche Energieversorgung, der Einsatz Erneuerbarer Energien und die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung werden nach Streichung von § 26 nicht mehr Ziele der Landesentwicklung sein.

(Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Das stimmt nicht. Das ist eine vorsätzliche Desinformation.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit allen, die uns anrufen, setzen wir uns auseinander. Am Ende stellen diese Anrufer fest: Das hat man uns natürlich nicht gesagt. – Sie haben genau diese Behauptung, von der Sie selber wissen, dass sie nicht stimmt, an die Menschen weitergegeben.

Folgendes finde ich besorgniserregend; Herr Römer, ich weiß gar nicht, wie Sie das mit sich und dem, was Sie normalerweise denken, vereinbaren: Im Entschließungsantrag der Oppositionsfraktionen steht kein einziger Satz zur Kraftwerkserneuerung. Das sagen Sie bitte den Menschen draußen. Ich verstehe es nicht und halte es für unverantwortlich.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzner [SPD]: Es ist unverantwortlich, dass Sie das nicht verstehen!)

Ich gehöre zu den wenigen, die in Kopenhagen waren. Ich hätte Ihnen das gewünscht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Da waren viele!)

In der Climategroup gab es überhaupt niemanden, der nicht den Neubau hocheffizienter Steinkohlekraftwerke für sinnvoll hielt, niemanden. Sie hätten dabei sein sollen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Das halten wir auch für richtig! – Zuruf von Sylvia Lohmann [GRÜNE])

Hier blockieren Sie eine Entwicklung, die wir dringend brauchen.

(Beifall von CDU und FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Aber die brauchen Rechtssicherheit! – Norbert Römer [SPD]: Was Sie sagen, ist Murks! Sie können nicht regieren!)

Herr Kelber spricht auch noch von Dreckschleudern.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist falsch! Das ist dementiert worden! Haben Sie das nicht mitbekommen? – Zuruf von Norbert Römer [SPD])

– Herr Römer, wir haben das recherchiert. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD. Ich finde, er hat ausreichend Kontakte zur Presse, es zu widerrufen, wenn er nicht will, dass das weitergetragen wird. Das hat er nicht gemacht. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzner [SPD]: Frau Kraft hat das Dementi vorgelesen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht, sodass wir am Schluss der Beratung sind und zur Abstimmung kommen können.

Da eine Rücküberweisung zur Vorbereitung der dritten Lesung gestern abgelehnt worden ist, ist die Beschlussgrundlage die Empfehlung des zuständigen Ausschusses zur zweiten Lesung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache**

14/10387, den Gesetzentwurf Drucksache 14/9853 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der Gesetzentwurf ...

(Sylvia Lohrmann [GRÜNE]: Würden Sie bitte noch die Gegenstimmen abfragen? – Weitere Zurufe)

– Entschuldigung. Ich habe mir die Beschleunigung beim Kollegen Moron offensichtlich falsch abgeschaut.

Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Enthaltungen? – Dann stelle ich jetzt noch einmal fest, dass die Beschlussempfehlung gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet worden ist.

(Beifall von der FDP)

Ich lasse weiterhin abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/9949**. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10433** abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/10438**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Entschließungsantrag

mit den Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 4.

Wir kommen zu:

5 NRW braucht Kompetenznetzwerk Verbraucherschforschung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10377

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD der Frau Abgeordnetenkollegin Schulze das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist ganz klar: Wir wissen viel zu wenig über die Bedeutung und über die Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir wissen viel zu wenig über die Motive, warum Verbraucherinnen und Verbraucher Dinge kaufen. Wir wissen viel zu wenig über den Beratungsbedarf. Darüber sind sich alle einig.

Die Verbraucherzentrale hat angekündigt, dass sie zum Ende des Jahres eine Studie herausgeben will, in der sie zusammenstellt, was es in Nordrhein-Westfalen überhaupt an unabhängiger Verbraucherschforschung gibt.

Der Unterschied zwischen den Fraktionen wird vor allen Dingen in der Frage, was man jetzt tun muss, deutlich. Wir sind davon überzeugt, dass wir die unabhängige Forschung, die es in Nordrhein-Westfalen gibt, besser bündeln müssen und dass wir ein Netzwerk Verbraucherschforschung brauchen, um die Kompetenzen, die vorhanden sind, überhaupt erst einmal zusammenzuführen.

Wir müssen die zentrale Frage beantworten, wie wir eigentlich den Menschen helfen, die einen hohen Beratungsbedarf haben, aber nicht in der Lage sind, sich über das Internet oder in den Beratungsstellen eigenständig zu informieren. Es geht also darum, wie wir die erreichen, die wirklich Hilfe brauchen und sie bisher nicht bekommen.

Wir wissen noch aus der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage, dass es zum Beispiel kaum Zahlen dazu gibt, wie die Verschuldung bei den unter 18-Jährigen aussieht. Wir vermuten etwas, aber wir wissen nichts Genaueres.

Die Abgeordneten von CDU und FDP werden sich jetzt wieder hierhin stellen und sagen: Na ja, wir haben Hochschulfreiheit, das müssen die Hochschulen alles ganz alleine entscheiden, da mischen wir uns nicht ein.

(Demonstrativer Beifall von Ralf Witzel [FDP])

